

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Bh-20-195/21

Aktenzeichen:

Amt: Finanzen

Datum: 27.10.2021

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Haushaltssatzung der Gemeinde Borkheide für das Jahr 2022**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Ja**

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: Ja mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
HHA	1	09.11.2021					
GV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Bh-20-195/21

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Borkheide beschließt die

Haushaltssatzung für das Jahr 2022

gemäß § 67 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286).

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Die Haushaltssatzung 2022 ist in Abstimmung mit dem Haushaltsausschuss der Gemeinde Borkheide erarbeitet worden.

Im Ergebnisplan für das Jahr 2022 wird ein Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von 707,9 T€ ausgewiesen. Dieser Fehlbetrag kann aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt werden. Durch die Inanspruchnahme dieser Rücklage gilt der Haushaltsausgleich gemäß § 63 Abs. 4 BbgKVerf als erreicht.

Jedoch ist die dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde durch die veranschlagten Kreditaufnahmen von 5.000 T€ in den Jahren 2023 bis 2025 sowie der Kreditermächtigung aus dem Jahr 2021 von 835 T€, die voraussichtlich in Höhe von 500 T€ übertragen wird, gefährdet. Mit den Kreditaufnahmen ist ein Ansteigen des Schuldendienstes um voraussichtlich 198,5 T€ auf 369,9 T€ bis zum Jahr 2025 verbunden. Davon werden die jährlichen Tilgungsleistungen dann ca. 303,2 T€ betragen.

Im Finanzhaushalt ist im mittelfristigen Planungszeitraum ersichtlich, dass die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit voraussichtlich nicht zur Deckung der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit einschließlich der jährlichen Tilgungsverpflichtungen ausreichen.

Die Gemeinde hat deshalb ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufgestellt. Mit den darin aufgeführten Maßnahmen soll die dauernde Leistungsfähigkeit im Jahr 2027 erreicht werden.